

# **STADT WITTEN**

## **NIEDERSCHRIFT**

über die 18. Sitzung des Ausschusses für Verkehr der Stadt Witten

am 28.11.2012

im Sitzungssaal des Rathauses

### **Anwesend:**

#### **SPD**

Gebert, Tilo  
Kuhn, Martin  
Rose, Martin  
Schröer, Günter  
Schröer, Kai  
Schulte, Udo

#### **CDU**

Fennhahn, Julian  
Finck, Reinhard  
Grünwald, Maik  
Jagusch, Sebastian  
Kieselbach, Hans-Ulrich

#### **Bündnis 90 / Die Grünen**

Humbert, Micha Paul  
Wood, Paul

#### **bürgerforum**

Riepe, Klaus

#### **DIE LINKE.**

Weiss, Ursula

#### **FDP**

Fröhlich, Frank-Steffen

#### **Seniorenvertretung**

Budde, Winfried  
Kreischer, Wolfgang

## Verwaltung

Bradtke, Dr., Markus Stadtbaurat  
Cremer, Heike (bis einschl. TOP 01)  
Hübscher, Sandra  
Menzel, Ottmar  
Müller, Andreas  
Noelle, Christoph  
Schneider, Andrea (bis einschl. TOP 01)

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Nach Begrüßung und Feststellung über den form- und fristgerechten Zugang der Einladung durch den Vorsitzenden – Herrn Schulte – kündigt RM Kieselbach am Ende der TO zwei Anfragen an.

## Öffentliche Sitzung

1. Haushaltsplanberatungen 2013 ff  
s. Hinweis

---

Zur beigefügten Auflistung (Auszug Investitionsplan 2013 ff) wurden der Schriftführung keine konkreten Fragen zugeleitet.

RM Kuhn empfiehlt für Instandhaltungsmaßnahmen der Herbeder Ruhrbrücke Ansätze nachrichtlich zu erfassen.

Fr. Weiß macht den VKA als Fachausschuss in Bezug auf die Mittelansätze unter der lfd. Nr. 51 (LRP, Optimierung des Verkehrsflusses) auf einen Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 23.11.12 aufmerksam, der zur Beratung an den HFA und Rat gegeben wurde.

SBR Dr. Bradtke erklärt, dass eine eigenständige Mittelbereitstellung für das Brückenbauwerk dazu führen könnte, dass der Landesbetrieb seiner obliegenden Unterhaltungspflicht nur mit minderem Interesse nachkommt. Daher erfolgt eine Mitteleinstellung im Haushalt nur nach Erforderlichkeit/Notwendigkeit im Bedarfsfall.

Hinsichtlich des v.g. Antrages kann sich SBR Dr. Bradtke vorstellen, diesen innerhalb des VKA als eingebracht zu betrachten; eine abschließende Entscheidung folgt jedoch im Rat.

2. Einrichtung von Niederflurhaltestellen in Witten 2013  
Vorlage: 0637/V 15

---

Die Verwaltung – Hr. Müller – erläutert die Vw-Vorlage 0637/V 15 und stellt den barrierefreien Ausbau der 4 einzelnen Niederflurhaltestellen vor.

Fr. Weiß verweist auf einen fehlenden Fahrgastunterstand an der Haltestelle „Albrecht-Dürer-Straße“ und möchte wissen, welche Möglichkeiten es zur be-

---

schleunigten Umsetzung gibt.

Hr. Müller erklärt, dass eine Realisierung im Rahmen des Programms „Niederflurhaltestellen 2013“ ausscheidet und für eine andere priorisierte Umsetzung die Fahrgastzahlen entscheidend sind.

Die Fahrgastzahlen an der von Fr. Weiß genannten Haltestelle geben eine beschleunigte Realisierung nicht her.

Der Ausschuss nimmt den Beschlussvorschlag der Vw-Vorlage einstimmig an.

3. Familienparkplätze in Witten  
Antrag der CDU-Fraktion vom 12.10.12  
Antrag: 0262/AG15
- 

RM Fennhahn erläutert den Antrag der CDU-Fraktion vom 12.10.12.

RM Kuhn erklärt, dass auch die SPD-Fraktion mit dem Inhalt und der Zielsetzung des Antrags konform geht, allerdings nicht zu Lasten der Parkraumkapazitäten insgesamt. Auf dem Platz der Gedächtniskirche konnten größer dimensionierte Familienparkplätze ohne Verlust in der Gesamtanzahl an Stellplätzen angelegt werden, da diese parallel zur Fahrbahn des Parkplatzes ausgerichtet wurden.

RM Kieselbach wünscht die Ergänzung des Beschlussvorschlags um das Wort „zeitnah“, so dass dieser wie folgt lautet:

„Der Rat der Stadt Witten beauftragt die Verwaltung **zeitnah** zu prüfen, ob.....“

Die Verwaltung – Fr. Hübscher – erklärt, dass die Einrichtung von Familienparkplätzen – wie bekannt – rechtliche Probleme in der Überwachung mit sich bringen, aber die Verwaltung einen entsprechenden Prüfauftrag unter den soeben ergänzten Vorgaben annehmen und deren Ergebnisse präsentieren wird.

Der Ausschuss nimmt den Beschlussvorschlag in der von RM Kieselbach geänderten Form einstimmig an und erteilt der Verwaltung einen entsprechenden Prüfauftrag.

4. Parksituation obere Universitätsstraße  
Antrag der CDU-Fraktion vom 12.10.12  
Antrag: 0263/AG15
- 

RM Fennhahn berichtet von den Beobachtungen der im Antrag beschriebenen Verkehrssituation und erläutert den Maßnahmenvorschlag.

RM Rose schließt ein grds. positives Votum für den Antrag seitens der SPD-Fraktion nicht aus, macht jedoch darauf aufmerksam, dass im Bereich des KiGa derzeit gebaut wird. Dieser Umstand könnte dort zu einer veränderten Parksituation beitragen. Zudem gibt RM Rose zu bedenken, dass eine Parkreglementierung zur dauerhaften Einhaltung auch einer Überwachung bedarf.

Die Verwaltung – Fr. Hübscher – erläutert die heutige Verkehrssituation und das unterschiedliche Parkverhalten (tlw. halb aufgeschultert auf dem Gehweg, tlw. vollständig auf der Fahrbahn) sowie die Gründe für den Parkbedarf.

Ein Parken mit Parkscheibe auf der Fahrbahn zu regeln, ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich und unterbindet auch nicht das vom Antragsteller beschriebene Problem im Begegnungsverkehr.

---

Abhilfe kann hier jedoch eine Haltverbotsregelung (1) eingeschränkt – 2) absolut) schaffen, was jedoch nicht den Parkbedarf der Anwohner/Mitarbeiter und die An- und Abliefersituation des KiGa abdeckt.

Soll ein Parken mit Parkscheibe (3) zugelassen werden, kann dies nur unter Inanspruchnahme eines Teils der Gehwegfläche ermöglicht werden. Zum Leitungsschutz wäre hierzu die Entfernung von 2 Reihen Gehwegplatten und Ausguss mit Asphalt erforderlich (Materialkosten 50,- € pro Quadratmeter ~ insgesamt ca. 5.000,- €).

Die letztere Möglichkeit (4) bestünde darin, die Situation wie im Bestand zu belassen. Bei Beachtung der Grundregeln im Straßenverkehr, können die genannten Gefährdungen für den Radfahrer ausgeschlossen werden. Zudem wirken die legal parkenden Fahrzeuge als „natürliches Hindernis“ positiv auf die bestehende Geschwindigkeitsbegrenzung (30 km/h) im Bereich des KiGa.

(Die 4 Lösungsvarianten sind in der beigefügten Präsentation kurz zusammengefasst dargestellt.)

Nach einer kurzen Beratungspause erklärt RM Fennhahn, die kostenintensivste Lösung (Variante 3) zu favorisieren. Allerdings möchte der Antragsteller den Antrag bis zum Abschluss der aktuellen Baumaßnahme zurückstellen und später auf eine abschließende Beratung zurückkommen.

5. LSA Wannan/Hardel/Fischertalweg  
Antrag der CDU-Fraktion vom 12.10.12  
Antrag: 0264/AG15

---

RM Fennhahn erläutert den Antrag der CDU-Fraktion v. 12.10.12.

Die Dauer-Grün-Phase der neuen LSA für den Verkehr auf der Straße Wannan wird innerhalb der 30-er-Zonen-Regelung (der Hardel ist weiterhin vorfahrtsberechtig) als verwirrend erachtet.

Daher wird seitens der CDU-Fraktion die Prüfung einer generellen Dunkelschaltung angeregt. Alternativ wäre auch eine Rotschaltung bei Überschreitung der zulässigen Geschwindigkeit von 30 km/h denkbar.

RM Rose bittet zudem um Aufklärung des Anordnungsgrundes der Markierung im Bereich des Hardels.

Die Verwaltung – Hr. Müller – verdeutlicht den Istzustand der Signalisierung, insbesondere für den Fußgänger, der bei Grün die Gleisanlage und die Straße Wannan in einem Zug queren muss.

Die Möglichkeit einer Dauerdunkelschaltung sowie einer 2-phasigen Schaltung (Gelb/Rot) wird derzeit gemeinsam mit dem Betreiber der Straßenbahn (BoGeStra) und der Bezirksregierung Düsseldorf (TAB) geprüft. Die Ergebnisse wird die Verwaltung dem Ausschuss im Anschluss liefern.

Hr. Noelle erklärt in Bezug auf die Markierung im Einmündungsbereich zum Hardel, dass diese einer Ergänzung und Verdeutlichung bedarf. Mittels einer Blockmarkierung soll auf dem Wannan die Kreuzungssituation zum Hardel verdeutlicht werden. Die bestehende Blockmarkierung im Einfahrtbereich des Hardel wird zweckmäßigerweise verlängert und auch über den Ausfahrtbereich erweitert.

RM Fennhahn regt zudem die Einrichtung einer „Erziehungsampel“ an, die jedoch

---

lt. Ausführungen von Herrn Müller unzulässig ist.

Auf Nachfrage von RM Fennhahn erklärt Fr. Hübscher den Hintergrund für die geänderte Vorfahrtsregelung für den Verkehr aus der Straße Fischertalweg.

Dieser muss zwingend untergeordnet werden, da auszuschließen ist, dass Fahrzeuge unter Beachtung der Vorfahrt des von rechts kommenden Verkehrs (Wannen bergab) auf der Gleisanlage verbleiben.

Zudem würde die Grünphase des von links kommenden Verkehrs (Wannen bergauf) mit einer Bevorrechtigung des Verkehrs aus dem Fischertalweg kollidieren.

Fr. Weiß regt zur Vermeidung von überhöhten Geschwindigkeiten eine Fahrbahnverengung durch Baumpflanzungen an.

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag des Antrags einstimmig zu und beauftragt die Verwaltung, die Umprogrammierung der LSA zu prüfen.

6.

Wetterstraße

Antrag der CDU-Fraktion vom 29.10.12

Antrag: 0266/AG15

---

RM Fennhahn erläutert den Antrag der CDU-Fraktion v. 29.10.12 und berichtet über einen Austausch mit Anwohnern sowie einen praktischen Fahrversuch aus dem Einmündungsbereich des Gederfeldwegs.

Die Verwaltung – Fr. Hübscher – präsentiert die bereits erarbeiteten Prüfergebnisse unter Bezug des aktuellen Unfallgeschehens, welches in Schriftform zusammengefasst dargestellt und an die Ausschussmitglieder ausgegeben wurde. Die Abfrage der Unfalldaten für den Zeitraum 01.01.2010 bis 31.10.2012 erfordert eine differenzierte Betrachtung der Unfalllage.

Im Ergebnis ist jedoch festzustellen, dass das betreffende Teilstück der Wetterstraße weder als Unfallhäufungsstrecke noch als Unfallhäufungsstelle (UHS) identifiziert wurde.

Die insgesamt 7 Verkehrsunfälle (VU), die sich auf der Strecke ereigneten, lassen sich nicht spezifisch auf die selbige zurückführen. Der VU mit tragischer Todesfolge ist untersuchungstechnisch noch nicht abgeschlossen, so dass derzeit keine Angaben zur Unfallursache feststehen.

Im Bereich der Einmündung Gederfeldweg ereigneten sich insgesamt 2 VU, wovon einer nicht im Zusammenhang mit der Einmündungssituation; der andere VU ereignete sich während eines Abbiegevorgangs.

Im Einmündungsbereich des Kohlensiepen sind insgesamt 5 VU festzustellen, wovon 4 Unfälle den gleichen Konflikt in der Fahrbeziehung zeigen (Vorrangregelung wurde missachtet). Hier ist eine Verdichtung der Unfallursache zu erkennen.

Folgende Maßnahmen beabsichtigt die Verwaltung einzuleiten:

Im Einmündungsbereich Gederfeldweg sind die Sichtverhältnisse zu verbessern durch die Optimierung der Ausrichtung des Verkehrsspiegels (erforderlichenfalls Erneuerung); Dabei wird aufgrund einer Anwohneranregung geprüft, ob der „einfache“ gegen einen „Doppelspiegel“ auszutauschen ist.

Zur Freihaltung des Sichtdreiecks ist auf den Seitenstreifen das Parken zu unterbinden („Klebebordsteine“ o.ä.).

---

Des Weiteren wird seitens der Polizei und der Straßenverkehrsbehörde angeregt, eine einheitliche Geschwindigkeitsregelung mit dem Straßenbaulastträger zu diskutieren. Zeitgleich wird eine weitergehende Analyse der VU im Bereich Kohlen-siepen erfolgen.

Der Ausschuss entspricht einer Ausführung der vorgestellten Maßnahmen ein-vernehmlich und erwartet nach der Kontaktaufnahme zum Straßenbaulastträger einen Ergebnisbericht.

(Anmerkung der Schriftführung:  
die Beschlussvorschläge 1. und 2. des Antrags sind in der Sache als erledigt bzw. erfüllt zu betrachten;)

7. Anfrage der CDU-Fraktion, RM Kieselbach - Mittelstraße, Baumaßnahme

RM Kieselbach trägt - **als Anfrage** - eine Beschwerde über die Auswirkungen einer Baumaßnahme in der Mittelstraße/Hörder Straße vor.

Neben Verschmutzungen der Fahrbahn, Störungen durch Baustellenfahrzeuge sind auch Beschädigungen im Zufahrtbereich festzustellen.

RM Kieselbach beauftragt die Verwaltung, sich der Problematik anzunehmen und evt. Ansprüche zu sichern.

Der Vorsitzende – Hr. Schulte – weist RM Kieselbach auf das Schriftformerfor-dernis (§ 47 Abs. 2 GO i.V.m. § 10 Abs. 1 GeschO) einer Anfrage hin und bittet, die Anfrage durch die Schriftführung nach der Sitzung aufnehmen zu lassen.

8. Anfrage CDU-Fraktion, RM Kieselbach - Dortmunder Straße, Verkehrsbelastung

RM Kieselbach berichtet über seine Beobachtungen der aktuellen Rückstauent-wicklung auf der Dortmunder Straße (Teilabschnitt zw. Brauckstraße und Ardey-straße) und bittet die Verwaltung, evt. Gründe für die Zunahme der Verkehrsbe-lastung zu recherchieren (→ Stellungnahme zur **Anfrage**).

9. Berichte der Verwaltung

**Herbeder Straße – Brückenbauwerk:**

SBR Dr. Bradtke berichtet über den aktuellen Sachstand i.S. Sanierung des Brü-ckenbauwerks. Der Landesbetrieb geht davon aus, dass der Brückenzug ver-bleibt. Unter dieser Annahme erfolgt die weitere Planung.

Für Ende 2013 ist eine Entscheidung i.S. Denkmalschutz prognostiziert, so dass bis 2014 eine Variantenuntersuchung und bis 2015 eine Planfestlegung erfolgen soll. Nach Ausschreibung in 2016 soll ab 2017 der Baubeginn folgen (Bauzeit ca. 2 bis 4 Jahre).

**Annenstraße – zeitverzögerte Bauausführung:**

SBR Dr. Bradtke berichtet über die bisherigen Entwicklungen und die schlechten Erfahrungen mit dem Unternehmen Rose, welches im Rahmen der Ausschrei-bung mit der Bauausführung beauftragt wurde.

Personelle Engpässe und nicht ausreichendes Baumaterial haben zur Nichtein-haltung des Zeitplans geführt. Die Verwaltung hat ihren Unmut hierüber in per-sönlichen Gesprächen mit dem Unternehmen mehr als deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die Ausführung der Arbeiten ist qualitativ nicht zu beanstanden, jedoch wird das Unternehmen bei zukünftigen Ausschreibungen nicht berücksichtigt.

---

Konventionalstrafen werden seitens der Verwaltung als nicht probates Mittel erachtet, da sie den Ausführungsprozess über Jahre verzögern können. Zudem besteht hinsichtlich einer Schadensersatzforderung keine Aussicht auf Erfolg, da dieser nicht substantiiert werden kann.

### **Fördermaßnahmen – Straßenbau:**

Für folgende Maßnahmen sind der Verwaltung lt. SBR Dr. Bradtke Förderbescheide zugegangen:

Alte Straße → Buswendeschleife  
Herdecker Straße → Deckensanierung  
Friedrich-Ebert-Straße → Kreisverkehr  
Stockumer Straße → Deckensanierung

Crengeldanzstraße → Beschleunigung der Linie 310 gem. mit ÖPNV

Die bereits geförderte Umbaumaßnahme in der Wittener Straße wird Anfang 2013 beginnen.

**SBR Dr. Bradtke macht an dieser Stelle besonders auf die derzeitige Stellsituation der Verwaltung (Tiefbauamt) aufmerksam. Durch das altersbedingte Ausscheiden von Stelleninhabern wird die Umsetzung von Zuschussmaßnahmen stark gefährdet, wenn diese Stellen nicht umgehend wieder besetzt werden.**

### **Vormholzer Straße – LSA zwischen Vormholzer Ring und An der Wabeck:**

Ergebnismitteilung zum Prüfauftrag VKA 05.07.2011  
Antrag der SPD-Fraktion v. 09.05.2011

Die Verwaltung – Hr. Müller – erklärt, dass die Überprüfung der Grünzeiten eine Richtlinien konforme Programmierung zum Ergebnis hat. Fußgängern ist es möglich, die LSA bei ausreichender Zeit (1m/s) sicher zu queren.

### **Termine VKA 2013:**

**22.01., 05.03., 23.04., 18.06., 16.07., 17.09., 22.10., 20.11.2013**

Abschließend wünscht der Vorsitzende – Hr. Schulte – allen Anwesenden ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Vorsitzender

Schriftführerin

gez.

gez.

Schulte

Hübscher